

NZZ am Sonntag

Europapolitik

Die Schweiz muss klären, was sie eigentlich will

Nun kracht es also. Die EU zieht für das gewünschte Rahmenabkommen mit der Schweiz ein Powerplay auf; die positive Dynamik, die Bern und Brüssel noch im April beschworen, hat sich in offenen Streit gekehrt. Das tönt nicht gut, ist aber auch nicht nur schlecht. Es belegt zum einen, dass die EU unter Druck ist, was in den Verhandlungen auch Chancen bietet. Und es zeigt, dass der Bundesrat, anders, als ihm gerne vorgeworfen wird, durchaus hart verhandelt. Trotzdem muss die Entwicklung zu denken geben, denn sie legt das Dilemma der Schweizer Europapolitik offen: Die Schweiz weiss nicht mehr, was sie will. Das beginnt im Bundesrat, wo die Bundespräsidentin aufs Tempo drückt, während der neue Aussenminister den «Reset»-Knopf sucht. Es geht über das Parlament, wo man ein Verhandlungsmandat genehmigt und sich dann der Reihe nach wieder davon distanziert. Und es endet bei den Parteien, wo sich SP, CVP und FDP ducken und die SVP mit einer Kaskade von Volksinitiativen – als Nächstes kommt jene zur Selbstbestimmung – jede Entwicklung lähmt. Wie man in diesem Kontext ein Rahmenabkommen abschliessen soll, erscheint schleierhaft. Auch darum könnte der jüngste Knall unter Umständen heilsam sein: Im Streit treten die offenen Fragen klarer zutage. Und das zwingt, die eigene Position zu schärfen. (dli.)

Katalonien

Der Rechtsweg ist der Holzweg

Wie macht man aus loyalen Staatsbürgern glühende Separatisten? Wenn es einen Wettbewerb dazu gäbe, Spanien hätte ihn gewonnen. Bei den Neuwahlen diese Woche erreichten die separatistischen Parteien Kataloniens 47,5 Prozent, was dank dem Wahlrecht für eine Mehrheit im Parlament reicht. Die Frage ist nicht, ob das zur Ausrufung einer eigenen Republik genügt. Der Punkt ist vielmehr, warum sich so hartnäckig so viele dem bizarren Wunsch nach einem eigenen Staat verschreiben. Seit 1999 liegen die katalanischen Separatisten konstant zwischen 46 und 50 Prozent. Schuld trägt vor allem Madrid. Es beharrt stur auf einer vermeintlichen Einheit Spaniens, in deren Namen die Regionen gegängelt werden. Sie dürfen weder über den Stierkampf noch über die Steuern selbst entscheiden. Kein Wunder, ist die Lage in der prosperierenden Region Katalonien eskaliert. Als Brandbeschleuniger funktioniert Madrids fataler Hang, die Justiz als Machtinstrument zu missbrauchen. Staatsanwälte lassen katalanische Politiker wegen «Rebellion» verhaften. Und das Verfassungsgericht hebelte 2010 ein von beiden Seiten ratifiziertes Autonomiestatut aus. Aber die Justiz kann das Problem nicht lösen. Nur der Dialog. (maz.)

Strafrecht

Voodoo gegen das Burkaverbot

Um die Initiative für ein Burkaverbot zu bekämpfen, hat sich Justizministerin Simonetta Sommaruga einen indirekten Gegenvorschlag einfallen lassen. Zwang gegen Frauen werde nicht akzeptiert, sagte sie diese Woche markig. Wer eine Frau unter die Burka zwingt, gehöre darum von Amtes wegen bestraft. Klingt gut, ist aber leider nutzlos. Der Strafverfolgung innerhalb einer Familie sind schon heute enge Grenzen gesetzt – und den Tatbestand der Nötigung gibt es, seit es das Strafgesetzbuch gibt: Wer jemanden widerrechtlich zu etwas zwingt, wird mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft. Die Justizministerin setzt also auf symbolische Tatbestände im Strafrecht und will verbieten, was verboten ist. Wie sagt man dem? Wunschzauber? Voodoo? (tis.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Wie viel Barmherzigkeit gibt es in der Schweiz?

In unserem Land leben Menschen, die wir wegweisen haben, die aber nirgendwo hingehen können und ohne jede Perspektive sind. Auch das hat etwas mit Weihnachten zu tun, **findet Daniel Winkler**

Und Maria gebar ihren ersten Sohn und wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Futterkrippe, denn in der Herberge war kein Platz für sie» (Lukas 2, 7).

Für die junge, schwangere Frau findet sich keine würdige Unterkunft mehr. «Das Boot ist voll», hat der Wirt vielleicht gesagt. Die Neuankommlinge werden unbarmherzig wegweisen. Sie müssen draussen bleiben und sich einen Platz in einer düsteren, unwirtlichen Behausung suchen. Die Geburt von und die Geschichten um Jesus Christus begründen unser Weihnachtsfest. Weihnachten zeigt, dass sich die Urkunde unserer christlichen Religion weniger aus überlieferten Dogmen als aus erzählten Geschichten formt. Die Geschichten von der Geburt im Stall, von den armen Hirten, den frohlockenden Engeln und den dienenden Königen sind voller Schönheit: Was klein ist, bleibt nicht klein, was arm, nicht arm.

Weihnachten gilt gemeinhin als Fest der Liebe. Diesem vieldeutigen Wort hat Jesus in seinem Leben und Wirken eine vergessen gegangene Richtung gegeben. Er setzt Liebe mit Barmherzigkeit gleich, der Fähigkeit, sich auf andere Menschen einzulassen und mitfühlend zu handeln.

Wer aber möchte Barmherzigkeit in Anspruch nehmen? Wer sie nötig hat, befindet sich stets in einer asymmetrischen Beziehungssituation. Er steht in einer Abhängigkeit. Wir Schweizerinnen und Schweizer brauchen sie nicht: Wir sind stolz auf unsere Autonomie und stehen auf der Sonnenseite des Lebens. Nicht von ungefähr ist das Markenzeichen unserer grössten Partei ein lachendes Sünnele.

Verlernt der, der nie auf Erbarmen angewiesen ist, die Barmherzigkeit? In unserem schönen, reichen Land gibt es Gruppen von Flüchtlingen, die ein unsägliches Dasein fristen. Es gibt Asylsuchende in der Schweiz – Eritreerinnen und Tibeter –, die vom Staatssekretariat für Migration (SEM) eine Wegweisung erhalten, im Wissen, dass diese

Menschen nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren und auch nicht zurückgeschafft werden können. Populistische Politiker kommentieren diese Fälle mit Schimpfreden auf Scheinasylanten, gemässigte mit blossem Schulterzucken und dem wenig dienlichen Hinweis, dass es Menschen gebe, welchen es noch schlechter ergehe. Lässt sich Leiden mindern, indem es mit anderem Leiden verrechnet wird?

Wenn diese Asylsuchenden nach einem Negativentscheid einen Rekurs einleiten, erhalten sie vom Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen in der grossen Mehrheit eine definitive Wegweisung. Sie werden dann zu Sans-Papiers, bewegen sich – juristisch gesehen – illegal in unserem Land und können jederzeit verhaftet werden. Allein 2016 waren es 691 eritreische und 98 tibetische Nothilfebezügler, die Dunkelziffer dürfte höher sein. In gewissen Kantonen erhalten sie ein Rayonverbot, werden somit in ihren Kollektivunterkünften isoliert und

leben in unserem Land wie in einem Freiluftgefängnis. Im Kanton Bern beziehen sie eine Nothilfe von acht Franken pro Tag (für Essen, Hygieneartikel, Kleider), dürfen keinen Deutschunterricht besuchen und keiner Arbeit nachgehen. Es sind Personen ohne Lebensperspektive und ohne Rechte. Kann es unwidersprochen hingenommen werden, dass Menschen in unserem Land in permanenter Angst leben, unverschuldet die Möglichkeit auf ein würdiges Dasein verlieren, hier in die Illegalität gedrängt und kriminalisiert werden?

Weshalb gehen sie nicht in ihr Herkunftsland zurück? Unsere Behörden haben davon Kenntnis: Regimekritische eritreische Flüchtlinge der jüngeren Generation sind an Leib und Leben bedroht, wenn sie nach Eritrea zurückkehren. Das Land befindet sich im eisernen Griff einer repressiven Diktatur, ist intransparent und ohne Rechtssicherheit. Auch für die tibetischen Flüchtlinge sind die menschenrechtlichen Verhältnisse in China äusserst prekär und verunmöglichen eine Rückkehr.

Diesen Menschen ohne Hoffnung müsste zumindest eine humanitäre Aufnahme gewährt werden (vorübergehendes Asyl), wie es in anderen europäischen Ländern der Fall ist. Aber das Erbarmen ist klein. Der Druck von gesellschaftlichen Gruppen, die Ressentiments gegenüber Flüchtlingen bedienen und mit ihnen Einfluss- und Machtpolitik betreiben, ist zu gross. Demgegenüber ist man in der Schweiz grosszügig, wenn es darum geht, mit zweifelhaften Regimen Geschäfte zu treiben, seien es Goldlieferungen aus Eritrea oder der Freihandel mit China. Die Menschenwürde wird im Zweifelsfall dem Markt geopfert, das Geld kommt vor der Moral.

Solange in unserem Land Weihnachten gefeiert wird, wäre es konsequent, die Werte, die aus dieser Tradition hervorgehen, nicht aus den Augen zu verlieren. Menschen auf der Flucht verdienen es, mitmenschlich und barmherzig behandelt zu werden.

Daniel Winkler



Daniel Winkler, 50, ist seit dreizehn Jahren evangelisch-reformierter Pfarrer in Riggisberg im Kanton Bern. Seit über drei Jahren setzt er sich in seinem Dorf für Flüchtlinge ein. Winkler ist Mitglied des Koordinationsteams von «Riggi-Asyl», einer mit der Kirchgemeinde Riggisberg assoziierten Gruppe von Freiwilligen.